

IMPULSEU

GEMEINSAMES ECKPUNKTEPAPIER VON
WHKT, IHK NRW UND UNTERNEHMER NRW

0 2 . 0 5 .
2 0 2 4

WESTDEUTSCHER HANDWERKSKAMMERTAG

IHK NRW - Die Industrie- und Handwerkskammern
in Nordrhein-Westfalen

unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.

Europawahl 2024: Ein erfolgreiches Nordrhein-Westfalen in einem starken Europa

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 sind richtungsweisend für die Zukunft der Europäischen Union. Es geht darum, ein demokratisches, starkes und handlungsfähiges Europa zu bewahren, um Freiheit und Wohlstand zu sichern. Die Betriebe in Nordrhein-Westfalen schätzen die Vorteile der EU, etwa die politische Stabilität, den Wegfall von Wechselkursrisiken und Handelshemmnissen, einheitliche Normen und Standards und den vereinfachten Zugang im Binnenmarkt. In der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments muss es gelingen, darauf aufbauend die Basis für erfolgreiches Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen auch für die kommenden Jahrzehnte zu schaffen.

WHKT, IHK NRW und unternehmer nrw werben für eine breite Beteiligung an der Europawahl. Im Juni gilt es, die Weichen für unsere Zukunft zu stellen. Die EU geht uns alle an. Denn klar ist, dass die NRW-Wirtschaft nur mit einer handlungsfähigen EU im globalen Wettbewerb bestehen kann. Die Initiativen und Gesetzesvorlagen aus Brüssel betreffen die Belange Nordrhein-Westfalens und seiner Unternehmen in besonderer Weise. Die zentralen Themen auf der europäischen Agenda wie Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau, Klimaschutz, Energiesicherheit, digitaler Binnenmarkt, transeuropäische Verkehrsnetze und außenwirtschaftliche Beziehungen sind von großer Bedeutung für den von Handel, Handwerk und industriellem Mittelstand geprägten Wirtschaftsstandort NRW.

WACHSTUMSMOTOR EUROPÄISCHE UNION

- Die Europäische Union steht für Frieden und Stabilität. Sie sichert politische Stabilität für unternehmerisches Handeln und ist damit die Basis des heutigen Wohlstands.
- Der europäische Binnenmarkt ist mit einem Potenzial von 447 Millionen Menschen und über 23 Millionen Unternehmen einer der größten Wirtschaftsräume der Welt. Dank der Schengener Abkommen sind in den meisten EU-Staaten keine Grenz- und Passkontrollen notwendig (Eurostat 2024).
- Der Binnenmarkt mit Zollunion senkt die Kosten und Handelsbarrieren für Unternehmen und Konsumenten. Die NRW-Unternehmen wickeln über die Hälfte ihrer Importe und Exporte innerhalb der EU ab. Rund jeder vierte Arbeitsplatz in NRW ist vom Außenhandel und damit vom EU-Binnenmarkt abhängig, in der Industrie ist es sogar jeder zweite.

Die NRW-Wirtschaft steht für ein vereintes und starkes Europa. Angesichts wachsender geopolitischer Unsicherheiten, zunehmendem Protektionismus und Nationalismus sowie der Erosion multilateraler Regelwerke setzt die Wirtschaft auf eine Europäische Union, die stärker ist als die Summe ihrer Einzelteile, die Integration konsequent lebt und die Grundlage für eine starke wettbewerbsfähige Wirtschaft und somit für Wohlstand und Handlungsfähigkeit legt.

HERAUSGEBER:

WHKT | Volmerswerther Straße 79 | 40221 Düsseldorf | Tel.: (02 11) 30 07-700 | www.whkt.de | kontakt@whkt.de

IHK NRW | Berliner Allee 12 | 40212 Düsseldorf | Tel.: (02 11) 367 02-0 | www.ihk-nrw.de | info@ihk-nrw.de

unternehmer nrw | Uerdinger Straße 58-62 | 40474 Düsseldorf | Tel.: (0211) 4573-0 | www.unternehmer.nrw | info@unternehmer.nrw

Das Bekenntnis zur Europäischen Union ist verknüpft mit der Erwartung, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen, sondern besser zu werden. In den kommenden fünf Jahren muss die Union im Verbund mit den Mitgliedstaaten wieder stärker daran arbeiten, wirtschaftlich nachhaltige Perspektiven und Mehrwerte für die Menschen zu schaffen. Die EU muss ihr Handeln an die neue Weltlage anpassen und als starker Akteur auftreten, um die Interessen der Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu wahren. Die EU darf nicht als Sinnbild für Bürokratie und Regulierungswut gelten. Sie sollte sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die Unternehmen benötigen eine verlässliche Politik. Hierfür sehen wir folgende Leitlinien als maßgebend:

NRW-LEITLINIEN FÜR EIN STARKES EUROPA

- Wachstum für Europa sichern! Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in der Transformation sichern
- Einfach machen! Spürbar bessere Rechtssetzung für Handwerk und Mittelstand
- Resilienz steigern! Nachhaltige und wettbewerbsfähige Energie-, Klima und Umweltpolitik fördern
- Zusammen arbeiten! Vertiefung des Binnenmarkts als zentrales Zukunftsprojekt
- Zukunft ermöglichen! Investieren bleibt Grundlage für den Wandel
- Aus Europa in die Welt! Globale Handlungsfähigkeit der EU stärken

DIE NRW-WIRTSCHAFT ERWARTET, dass die Anforderungen der betrieblichen Praxis in der Ausgestaltung der EU-Politik stärker Berücksichtigung finden. Und klar ist auch, dass die europäische Ebene nicht alleine für sich steht. Die Bundes- wie auch die NRW-Landesregierung müssen noch stärker die europäischen Belange in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns stellen.

1. WACHSTUM FÜR EUROPA SICHERN! WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND WOHLSTAND IN DER TRANSFORMATION SICHERN

Die Europäische Union legt mit ihrem einheitlichen Wettbewerbsrahmen die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Europa wird nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, die nachhaltige Transformation der Wirtschaft mit globaler Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden. Nur dann werden andere Regionen diesem Modell folgen. Europa muss es nicht besser wissen, sondern besser machen.

EU-FAKT 1: Gerade für Handwerk und Mittelstand in NRW ist Europa der wichtigste Markt. Daher ist es wichtig, dass Europa wächst. Gerade beim Wachstum bleibt die EU jedoch zurück. Für die kommenden Jahre erwartet die OECD ein Wachstum in der Welt von bis zu 3 %, für die USA immerhin noch 2,1 %. Für den Euroraum fallen die Schätzungen schwächer aus mit nur 1,3 % für das Jahr 2025 (OECD 2024).

WAS WIR ERWARTEN:

- **Neue Agenda für Wettbewerbsfähigkeit aufsetzen:** Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa gerät im globalen Wettbewerb immer stärker unter Druck. Initiativen wie die Lissabon-Strategie und Europa 2020 sollten die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern; die damals angestrebten Ziele wurden jedoch größtenteils nicht erreicht. Europa braucht eine neue Agenda für Wettbewerbsfähigkeit, um sich in einer neuen globalen Weltordnung gut aufzustellen.
- **Planungssicherheit schaffen:** Um die grundlegenden Veränderungen, die die Transformation erfordert, angehen zu können, benötigen die Unternehmen Planungssicherheit. Fehlt ein verlässlicher Orientierungsrahmen, verlieren Unternehmen Vertrauen und stellen Investitionen zurück. Das betrifft insbesondere das Energie- und Klimarecht. Die Rechtsakte des Fit für 55-Paket sehen verbreitet Überprüfungen in den Jahren 2027/2028 vor, also nur 2–3 Jahre nach Ende der Umsetzungsfrist. In der kommenden Legislaturperiode gilt es zu vermeiden, Betriebe durch ständige Anpassungen und Überarbeitungen von Regelungen tiefgreifend zu verunsichern.
- **Subsidiarität leben:** Die europäische Regulierung wird zunehmend kleinteiliger und verliert immer mehr ihren Charakter eines übergeordneten, kohärenten Rechtsrahmens. Die Bedarfe für unterschiedliche Branchen oder Mitgliedstaaten werden häufig nicht mehr ausreichend berücksichtigt. Das Subsidiaritätsprinzip muss mehr Beachtung finden.
- **Europäische Klimapolitik und Sicherung der Wertschöpfung vereinbaren:** Die Wirtschaft steht hinter einer starken europäischen Zusammenarbeit, um die im Green Deal formulierten Ziele zu erreichen. Die energie- und klimapolitischen Herausforderungen sollten grundsätzlich europäisch angegangen werden, auch wenn sie sich nicht von Europa allein lösen lassen. Die Weiterentwicklung der europäischen Klimapolitik muss mit einer Sicherung der industriellen Wertschöpfung in Europa einhergehen. Leitgedanken sollten die internationale Angleichung von Klimaschutzstandards und eine abgestimmte Bepreisung von Treibhausgasemissionen sein.
- **Verbindliche Regelungen für eine solide Finanzpolitik umsetzen:** Ohne zielgerichtete und verbindliche Regeln ist eine solide Finanzpolitik im Euro-Raum unmöglich. Voraussetzung ist eine Stärkung der gemeinsamen fiskalischen Regeln, um die Inflation einzudämmen und damit die Euro-Zone ein stabiler Währungsraum bleibt. Geldpolitik darf nicht für fiskalpolitische Ziele herhalten.

»Die NRW-Wirtschaft steckt in der Rezession. Die NRW-Wirtschaft ist von der nachhaltigen Transformation der Energieerzeugung und der Industrie besonders betroffen. Um Wohlstand und Wachstum in den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, muss die EU in der kommenden Legislaturperiode die Erfordernisse der NRW-Wirtschaft besonders berücksichtigt. Denn Europa funktioniert nur mit einer global wettbewerbsfähigen Wirtschaft.«

RALF STOFFELS, PRÄSIDENT VON IHK NRW

2. EINFACH MACHEN! SPÜRBAR BESSERE RECHTSSETZUNG FÜR HANDWERK UND MITTELSTAND

Komplexe Volkswirtschaften wie die der EU-Mitgliedstaaten benötigen zur Sicherstellung ihrer Funktionsfähigkeit Regulierung. Aber dies darf nicht überzogen werden: ebendiese Volkswirtschaften benötigen Unternehmen und Beschäftigte, die gestalten, die forschen, innovieren, investieren und umsetzen. Nur so werden Ziele Wirklichkeit.

EU-FAKT 2: Allein in den Jahren 2020 bis 2023 haben Rat und Parlament insgesamt 2.552 Rechtsakte verabschiedet, das heißt neue europäische Gesetze erlassen oder bestehende geändert. Hinzu kamen im selben Zeitraum 6.422 delegierte Rechtsakte, die Details für die Umsetzung von Rechtsakten festlegen.

WAS WIR ERWARTEN:

- **Nachvollziehbare Entscheidungsregeln schaffen:** Die NRW-Wirtschaft ist auf nachvollziehbare Entscheidungsregelungen der EU angewiesen, damit sie sich auf Veränderungen vorbereiten und dem Gesetzgeber praktische Hinweise zu laufenden Verfahren geben kann. Delegierte Rechtsakte, die immer wieder genutzt werden, um bereits bestehenden Rechtsakten im Nachgang eine Fülle an Detailregelungen hinzuzufügen, müssen auf das Notwendige beschränkt werden. Auch das informelle Trilog-Verfahren zwischen Parlament, Rat und Kommission sollte transparent gestaltet und auf besondere Fälle beschränkt werden.
- **Übermäßigen Belastungen vorbeugen:** In der kommenden Legislaturperiode gilt es, den weiteren Aufwuchs an Bürokratielasten zu stoppen und umzukehren. Dafür gilt es, den zeitlichen Aufwand und laufende sowie einmalige Anpassungskosten bei jedem Vorschlag zu erheben und entsprechend dem One-in-One-out- oder two-out Prinzip auszugleichen. Erforderlich ist ferner, den KMU-Test und das Prinzip »Vorfahrt für KMU« bei allen EU-Initiativen strikt anzuwenden – auch um Regulierungsbetroffene frühzeitig zu identifizieren und Folgen präziser abschätzen zu können.
- **Belastungen für Unternehmen, insbesondere Handwerk und KMU senken:** Die Überforderung mit Informations-, Dokumentations- und Nachweispflichten gehört zu den größten Sorgen der Betriebe. Insbesondere nachhaltigkeitsbezogene Pflichten haben in der laufenden Legislaturperiode stark zugenommen. Die strikte Anwendung des Once-only-Prinzips und die Bereitstellung digitaler Werkzeuge zur vereinfachten Datenbereitstellung und -übermittlung können helfen, die Belastungen zu mildern, ebenso die Einführung vereinfachter KMU-Standards und Ausführungsregeln. Angesichts einer Vielzahl thematisch ähnlicher Vorgaben ist zeitnah eine Kohärenzprüfung als Teil des Praxischecks seitens der Kommissionsdienststellen durchzuführen.

- **Bessere Rechtsetzung strukturell absichern:** Die Europäische Kommission hat jüngst ein weitreichendes KMU-Entlastungspaket vorgelegt. Um die Vorhaben unmittelbar nach der Wahl umzusetzen, muss das Amt des Mittelstandsbeauftragten der EU-Kommission schnellstmöglich besetzt werden. Es gilt sicherzustellen, dass er die Möglichkeit erhält, KMU-Interessen auf höchster politischer Ebene innerhalb der EU-Kommission zu vertreten und im EU-Parlament gehört zu werden. Sinnvoll ist zudem die Bündelung von Ressourcen in einem zentralen KMU-Direktorat und die Einführung einer »EU-Clearingstelle Mittelstand«. Sie könnte – orientiert am NRW-Modell – im Vorfeld von Gesetzesvorschlägen beteiligt werden sowie retrospektiv bei Praxischecks.
- **Lieferkettenrichtlinie überarbeiten und praxistauglich gestalten:** Der Kompromiss zur Lieferkettenrichtlinie wurde in einem beispiellosen Vorgehen gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt. Die Richtlinie bürdet Unternehmen kaum einlösbare Pflichten auf, die massiven bürokratischen Aufwand und Rechtsunsicherheit verursachen. Die Unternehmen brauchen rechtssichere und handhabbare Sorgfaltspflichten sowie eine überschaubare Auflistung von Schutzgütern. Sorgfaltspflichten müssen auf einen tatsächlich kontrollierbaren Bereich der Lieferketten (direkte Zulieferer) begrenzt und KMUs geschützt werden.

»Die NRW-Wirtschaft ist in der EU, im Bund und im Land auf Strukturen angewiesen, die sicherstellen, dass Rechtsakte – einzeln und kumuliert – für Betriebe umsetzbar und praxistauglich sind. Auf EU-Ebene brauchen wir neben angepassten Prozessen dringend einen Kümmerer. Die Landes- und die Bundesregierung sollten sich überprüfbar zu einer 1:1-Umsetzung von EU-Recht verpflichten und bestehende Regulierung hinterfragen mit dem Ziel, die Umsetzung für Betriebe effizient und einfach zu gestalten.«

BERTHOLD SCHRÖDER, PRÄSIDENT DES WESTDEUTSCHEN HANDWERKSKAMMERTAGES

3. RESILIENZ STEIGERN! NACHHALTIGE UND WETTBEWERBSFÄHIGE ENERGIE-, KLIMA- UND UMWELTPOLITIK FÖRDERN

Die EU hat in den Jahren 2019–2024 eine Vielzahl regulatorischer Maßnahmen getroffen, die dazu beitragen sollen, die Klimafolgen zu begrenzen. Prognosen zufolge wird der Klimawandel in Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahrzehnt zunehmend spürbarer werden. Resilienter zu werden – d.h., den Klimawandel zu bremsen und Maßnahmen zur Anpassung zu treffen, wo Folgen nicht mehr abwendbar sind – ist im Interesse der NRW-Wirtschaft. Doch Vorschriften allein bringen keine Nachhaltigkeit.

EU-FAKT 3: In der EU sind die CO₂-pro Kopf-Emissionen von 12 Tonnen (1980) auf 7 Tonnen (2022) gesunken. Sie liegen 32,1 % unter den CO₂-Emissionen von 1990. Werden die bis jetzt auf EU-Ebene beschlossenen Maßnahmen umgesetzt, sinken die Emissionen in der EU laut Kommission bis 2040 um rund 88 %.

WAS WIR ERWARTEN:

- **Komplexität reduzieren:** Der Green Deal ist hochkomplex: regulatorisch und in der Umsetzung für die Unternehmen. Seitens der Europäischen Kommission und den zuständigen Stellen in Deutschland gilt es sicherzustellen, dass Zielkonflikte frühzeitig ausgeräumt werden, dass Maßnahmen kohärent mit anderen sind, insbesondere mit dem Ziel einer wettbewerbsfähigen EU, und dass Gestaltungsspielräume genutzt werden, um möglichst praxistaugliche Lösungen herbeizuführen.

- **Sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung gewährleisten:** Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen keine Selbstverständlichkeit ist. Die EU und die Mitgliedsstaaten müssen für funktionierende Energiemärkte sorgen, um – aktuell und perspektivisch – ein ausreichendes, stabiles Energieangebot zu sichern. Dies gilt auch für den Ausbau einer zukunftsfesten Infrastruktur und den Aufbau eines Wasserstoffmarkts.
- **Circular Economy mittelstandsfreundlich konzipieren:** Die EU hat das Jahrzehnt der Zirkularität angekündigt. NRW ist aufgrund seiner Wertschöpfungsketten und der wirtschaftlichen Integration von Betrieben aller Größenordnungen in den EU-Binnenmarkt prädestiniert für die Entwicklung von Kreislaufwirtschaftskonzepten. Zugleich bedingt eine funktionierende Kreislaufwirtschaft grundlegende Veränderungen von Prozessen, von Wertschöpfungsketten etc. Der digitale Produktpass ist als zentrales Instrument im EU-Recht verankert. In der kommenden Legislaturperiode müssen der Pass sowie ergänzende Anreize so aufgesetzt werden, dass es den Unternehmen gelingt, diesen bürokratiearm umzusetzen.
- **Akzeptanz als Motor für eine gelingende Energie- und Klimawende schaffen:** Der Ausbau der Energie- und Verkehrsinfrastruktur und die Umsetzung von Maßnahmen zur effizienteren Energienutzung setzen Investitionen, gesellschaftliche Akzeptanz und unternehmerische Kapazitäten voraus. Das gilt es, bei der Fortentwicklung des Pfades in Richtung »Klima 2040« zu berücksichtigen.

»Die NRW-Wirtschaft braucht ein übergeordnetes, kohärentes und breit getragenes Zielbild für NRW, auf das es sich gemeinsam hinzuarbeiten lohnt. Betriebe wollen mitgestalten. Um Geschäftsmodelle neu auszurichten, brauchen sie ein verlässliches Umfeld und die begründete Zuversicht, dass sich transformationsbedingte Investitionen und Anstrengungen rentieren und dass es gelingt, die industriellen Wertschöpfungsketten am Standort NRW zu erhalten.«

BERTHOLD SCHRÖDER, PRÄSIDENT DES WESTDEUTSCHEN HANDWERKSKAMMERTAGES

4. ZUSAMMEN ARBEITEN! VERTIEFUNG DES BINNENMARKTS ALS ZENTRALES ZUKUNFTSPROJEKT

Der größte Trumpf Europas ist die wirtschaftliche Stärke seines Binnenmarkts. Dank der vier Grundfreiheiten können Unternehmen aller Größen in grenzüberschreitenden Wertschöpfungsverbänden kooperieren und innovative Lösungen entwickeln, die global überzeugen und Arbeitsplätze am Standort Europa schaffen. Der Binnenmarkt hat einen erheblichen Anteil am Erfolg der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Fast zwei Drittel unserer Exporte gehen in die Staaten der EU. Doch auch drei Jahrzehnte nach seinem Inkrafttreten bleibt der europäische Binnenmarkt noch zu stark fragmentiert. Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl von Barrieren und Hindernissen konfrontiert.

EU-FAKT 4: Der Binnenmarkt bildet das Fundament von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. In NRW hängt rund ein Fünftel der gesamten Wertschöpfung und damit 138,9 Milliarden Euro an den EU-Exporten. Knapp 1,7 Millionen Arbeitsplätze in NRW sind von den deutschlandweiten Exporten in die EU abhängig (Quelle: unternehmer nrw 2024).

WAS WIR ERWARTEN:

- **Digitaler Binnenmarkt als Investition in die Zukunft verstehen:** Zur Unterstützung des digitalen Wandels der Wirtschaft braucht Europa einen digitalen Binnenmarkt für Daten mit gemeinsamen Standards. Es kommt darauf an, gesellschaftliche Technologieoffenheit zu stärken, Datennutzung in Europa zu verbessern und gezielt die Entwicklung innovativer Technologien zu fördern. Statt neue Technologien vorschnell zu reglementieren, sollte die EU entschlossen eigene Anstrengungen im Bereich digitaler Infrastruktur, Cybersicherheit und KI vorantreiben.
- **Arbeitnehmermobilität erleichtern:** Für einen funktionierenden Binnenmarkt bei Dienstleistungserbringungen gilt es, nationale Alleingänge und protektionistische Tendenzen durch bürokratische Meldeprozesse zu verhindern und bestehende sozialversicherungs- und arbeitsrechtliche Hindernisse gezielt abzubauen. Informations-, Melde- und Dokumentationspflichten müssen verschlankt und vereinfacht werden, rechtssichere Informationen zur Verfügung gestellt sowie digitale Lösungen priorisiert werden. Darüber hinaus braucht es praktikable und rechtssichere Regelungen für grenzüberschreitendes mobiles Arbeiten im Sinne von Unternehmen und Beschäftigten.
- **Banken- und Kapitalmarkt weiterentwickeln:** Um die gewaltigen Investitionen in Richtung nachhaltiger und digitaler Transformation der Wirtschaft zu stemmen, braucht es einen effizienten Kapitalmarkt und harmonisierte Rahmenbedingungen. Durch zielgerichtete Harmonisierung wichtiger Bereiche etwa im Steuer-, Insolvenz- und Aufsichtsrecht kann die EU einer tiefen und weniger fragmentierten Banken- und Kapitalmarktunion bedeutend näherkommen, ohne die Vorzüge der bankbasierten Unternehmensfinanzierung in Deutschland außer Acht zu lassen.
- **Europäischen Energiebinnenmarkt vorantreiben:** Die EU muss weitere Anstrengungen in Richtung eines europäischen Energiebinnenmarkts unternehmen. Separate Energiemärkte können wir uns gerade in diesen Zeiten nicht leisten. Nur so können Effizienzgewinne und die stärkere Europäisierung bei erneuerbaren Energien erzielt werden. Für einen weiteren Auf- und Ausbau der Infrastruktur unterschiedlicher Energieträger (Strom, Gas, Wasserstoff und CO₂) im Sinne eines Transeuropäischen Energienetzes braucht es mehr Kooperation und Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten. Erneuerbare Energien gilt es, im Markt zu integrieren und auszubauen, wo sie höchste Erträge erzielen.
- **EU-Verkehrspolitik zukunftsfähig gestalten:** Nordrhein-Westfalen ist als Verkehrsdrehscheibe im Herzen Europas auf eine zukunftsfähige, verkehrsträgerübergreifende Verkehrsinfrastruktur sowie standardisierte Ladenetze für alternative Antriebe angewiesen. Dem Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes muss Vorfahrt eingeräumt und die grenzüberschreitende Integration von Straßen-, Schienen- und Luftverkehr sowie Schifffahrt und Pipelines vorangetrieben werden. Für die Verkehrsverlagerung auf die Schiene und die Wasserstraße müssen das Netz saniert und ausgebaut sowie die notwendigen Rahmenbedingungen im Hinblick auf Finanzierung sowie Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung geschaffen werden.

»Nordrhein-Westfalen ist durch seine enge wirtschaftliche Verflechtung mit den EU-Staaten in besonderem Maße mit dem europäischen Binnenmarkt verbunden. Ein vollständig integrierter Binnenmarkt birgt daher großes Potenzial für unser Land. Die Synergien müssen endlich bestmöglich genutzt werden. Auch Nordrhein-Westfalen sollte sich mit ambitionierten Visionen und konkreten Maßnahmen zur Vertiefung des Binnenmarkts einbringen.«

ARNDT G. KIRCHHOFF, PRÄSIDENT VON UNTERNEHMER NRW

5. ZUKUNFT ERMÖGLICHEN! INVESTIEREN BLEIBT GRUNDLAGE FÜR DEN WANDEL

Die EU und NRW stehen vor einem Jahrzehnt des Umbruchs und somit vor einem der Innovation und der Investitionen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Mit den Vorgaben zur nachhaltigen Finanzierung hat die EU bisher aber eher eine Regulierung geschaffen, die viele Unternehmen aus der Real- und der Finanzwirtschaft belastet. Mit ihren Förderprogrammen kann die EU-Spitzenforschung und innovative Unternehmen deutlich besser unterstützen.

EU-FAKT 5: Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit den höchsten Innovations- und Forschungsausgaben im Verhältnis zum BIP (3,1 %). NRW jedoch liegt weit dahinter (2,2 %) und erreicht weder den EU-Durchschnitt (2,3 %) noch die Rate anderer Industrieländer wie Südkorea (4,8 %), den USA (3,4 %) oder Japan (3,2 %).

WAS WIR ERWARTEN:

- **Investitionsanreize setzen:** Der Weg in Richtung Klimaneutralität erfordert nicht nur legislative Maßnahmen, sondern vor allem Investitionen – öffentliche wie private. Die USA haben mit dem Inflation Reduction Act (IRA) ein Instrument geschaffen, das den Unternehmen langfristig Investitionssicherheit verspricht. Die EU hat mit dem Net Zero Industry Act reagiert. Damit dieser zum Investitionsmotor werden kann, sollte er weniger auf bürokratische Vorgaben und noch stärker auf steuerliche Anreize setzen. Ziel sollte es sein, so die Abwanderung von strategisch wichtigen Unternehmen zu verhindern und neue anzusiedeln.
- **EU-Taxonomie vereinfachen und in der Praxis handhabbar umsetzen:** Das wichtigste Ziel der EU-Taxonomie-Verordnung sollte es sein, den Übergang der Unternehmen hin zu mehr nachhaltigem Wirtschaften zu ermöglichen und die Finanzierung dieser Transformation zu sichern. Stattdessen sind bereits jetzt viele kleine und mittelgroße Betriebe erheblich damit belastet, zur Bewertung von Nachhaltigkeits- und Lieferkettenaspekten nicht standardisierte Informationen zu liefern. Die Wirtschaft braucht eine Transformations-Taxonomie, die Investieren ermöglicht, nicht verhindert. In Kooperation mit der Wirtschaft sollte die Regulierung standardisiert und vereinfacht werden, statt über kleinteilige und statische Vorgaben zu steuern und einen europäischen Sonderweg zu schaffen.
- **Steuerwettbewerb annehmen:** Gerade am Hochsteuerstandort NRW mit Belastungen von über 30 % auf Unternehmensgewinne durch Gewerbe- und Grundsteuer wird deutlich, dass die Steuerbelastung ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen und deren Investitionen ist. Um die NRW-Wirtschaft nicht weiter im Wettbewerb mit Unternehmen aus anderen Wirtschaftsräumen zu schwächen, sollte auf die Einführung von Mindeststeuern oder Finanztransaktionssteuern verzichtet werden, wenn sie nicht auch die weltweite Konkurrenz mit einbezieht.
- **Innovationsförderung am Markt ausrichten:** Unternehmen berichten immer wieder, dass übermäßige Regulierung und der nicht ausreichende Transfer von der Wissenschaft in marktreife Produkte der Unternehmen die größten Hemmnisse für weitere Innovationen sind. Innovations-Challenges, Reallabore, Experimentierklauseln auf EU-Ebene oder gesteigerte Investitionen in Test- und Validierungsinfrastrukturen sowie Pilotfabriken können zusätzliche Transferpotenziale heben. Auch die Ermöglichung des Starts von Förderprojekten auf eigenes Risiko, bevor eine endgültige Förderentscheidung getroffen wurde, könnte aus Sicht einiger Unternehmen im Innovationsprozess helfen.
- **Förderung praxistauglich gestalten:** Die Vielzahl der Ziele und das komplizierte Indikatorensystem sind Hauptursachen der Bürokratisierung der EU-Regionalpolitik. Zum Abbau der Bürokratie sind einfachere Prozesse bei der Antragstellung, dem Abruf, der Verwaltung und der Prüfung von EU-Fördergeldern nötig, so dass diese schneller in

die Projekte fließen. Die Berichts- und Dokumentationspflichten wurden in den letzten Jahren durch die EU deutlich ausgeweitet und machen es für viele Betriebe schwierig, Beihilfen in Anspruch zu nehmen. Die Pflichten sollten gebündelt und reduziert werden, um die Betriebe zu entlasten.

»Die NRW-Wirtschaft braucht eine Investitionsoffensive. Seit Jahrzehnten entwickelt sich die Investitionsquote in NRW unterdurchschnittlich. NRW muss sich selbst hinterfragen und die Wachstumsbedingungen schaffen, die zugleich Produktivitätszuwächse ermöglichen. Zusätzlich braucht der Standort wirksame Investitionsanreize aus der EU – vor allem statt neuer Investitionshürden wie die EU-Taxonomie.«

RALF STOFFELS, PRÄSIDENT VON IHK NRW

6. AUS EUROPA IN DIE WELT! GLOBALE HANDLUNGSFÄHIGKEIT DER EU STÄRKEN

Europa steht angesichts der geopolitischen Herausforderungen unter Druck. Das internationale Umfeld wird rauer und der globale Standortwettbewerb härter. Die Zukunft Europas entscheidet sich an seiner Geschlossenheit. Nur ein starkes und geeintes Europa wird im Wettbewerb mit Verhandlungspartnern wie China und den USA mithalten können. Damit Europa nicht zum Spielball anderer wird, muss sich die EU international stärker behaupten und dafür selbst stark sein. Dazu gehören mehr Freihandel, strategische Allianzen und Attraktivität für Fachkräfte aus Drittstaaten. Dies ist insbesondere für die international verflochtene und global ausgerichtete NRW-Wirtschaft von höchster Bedeutung.

EU-FAKT 6: Für den NRW-Außenhandel ist die EU wichtig, ohne die übrige Welt wird es aber nicht gehen. Das Gros der nordrhein-westfälischen Importe stammt aus der EU (55 %). Das wichtigste Importherkunftsland für NRW sind dabei die Niederlande (52 Mrd. Euro), gefolgt von Belgien auf Platz 3 (18 Mrd. Euro). Schon hier zeigt sich die Bedeutung der Seehäfen und damit des Welthandels für die NRW-Importe. Auf Platz 2 liegt weiter China (42 Mrd. Euro) und auf Platz 4 die USA als viertwichtigste Importland (14,3 Mrd. Euro).

WAS WIR ERWARTEN:

- **Mehr Tempo bei Freihandelsabkommen aufnehmen:** Die EU hat zuletzt wichtige Fortschritte bei einigen Freihandelsabkommen erzielt. Diese gilt es, abzuschließen und neue Verhandlungen aufzunehmen. In den Verhandlungen muss die EU einen Ausgleich zwischen Nachhaltigkeitsanforderungen und strategischen Wirtschaftsinteressen finden. Nur so gelingt es, neue Impulse für dynamische Wirtschaftsbeziehungen und Signale für Freihandel, Wettbewerb und verlässliche Handelsregeln zu senden.
- **Für multilateralen Handel eintreten:** Die EU braucht neue Initiativen für Handel und Investitionen. Diversifizierung und regelbasierter Handel benötigen ein kraftvolles Signal für gemeinsames, nachhaltiges und globales Wachstum. Nachdem der regelbasierte Handel im Rahmen der WTO ins Stocken geraten ist, sollte die EU eine Führungsrolle zur Stärkung des multilateralen Handelssystems übernehmen. Internationale Handelsregelungen gilt es, zu vereinfachen und KMU-gerechter zu gestalten.

- **Attraktivität für Fachkräfte erhöhen:** Um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auch in Zukunft zu erhalten, ist NRW auf mehr Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Es gilt, die Arbeitnehmermobilität innerhalb der EU zu fördern und bürokratische Hindernisse bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit abzubauen. Darüber hinaus muss die EU die Erwerbsmigration in die EU aus Drittstaaten stärken. Ehrgeizige nationale Umsetzungen der Blue-Card-Richtlinie sind ein wichtiger Beitrag zur Attraktivität Europas für Fachkräfte. Bei der Umsetzung der Europäischen Hochschulstrategie sollte die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft stärker berücksichtigt werden.

- **Geschlossene Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen:** Globale Sicherheit, Frieden und regelbasierte Weltordnung sind Grundvoraussetzungen für Stabilität und Wohlstand. Die EU muss daher in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik möglichst geschlossen auftreten. Die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss mit einer Stärkung der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie an die neue geopolitische Lage angepasst werden. Die EU muss zielgerichtete Investitionen in militärische und technologische Fähigkeiten gewährleisten und die Geschwindigkeit bei der Produktion und die Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern steigern.

- **Resiliente Liefer- und Wertschöpfungsketten sichern:** Die Lieferkettenunterbrechungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Europäische Union die Resilienz seiner Wertschöpfungs- und Lieferketten erhöhen muss, um die Versorgungssicherheit bei Energie, Rohstoffen und strategisch wichtigen Technologien für die Industrie sicherzustellen. Einseitige Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Lieferländern sollten reduziert werden. Wichtig für die Unternehmen ist, durch neue Handels- und Rohstoffabkommen zusätzliche Unterstützung von der EU zu bekommen. Unternehmen diversifizieren selbst ihre Lieferketten und treffen am Wettbewerb orientierte Entscheidungen zu Lieferanten oder Betriebsniederlassung. Eine zusätzliche Lenkung etwa über staatliche Diversifizierungspflichten und Produktionsvorgaben wie im »EU Green Deal Industrial Plan« schwächt hingegen die Wettbewerbsfähigkeit.

»Für die NRW-Wirtschaft sind freier und offener Welthandel mit ihren strategischen Handelspartnern von besonderer Bedeutung. Das große Handelsvolumen, zahlreiche Standorte nordrhein-westfälischer Unternehmen im Ausland sowie erhebliche ausländische Direktinvestitionen in NRW unterstreichen die enge internationale Verflechtung. Umso wichtiger ist die Vereinbarung von Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten – gerade in Zeiten zunehmender politischer Einflussnahmen, von Strafzöllen und Protektionismus – von herausragender Bedeutung für Wohlstand und Arbeitsplätze in NRW.«

ARNDT G. KIRCHHOFF, PRÄSIDENT VON UNTERNEHMER NRW



HERAUSGEBER:

WHKT | Volmerswerther Straße 79 | 40221 Düsseldorf | Tel.: (02 11) 30 07-700 | www.whkt.de | kontakt@whkt.de

IHK NRW | Berliner Allee 12 | 40212 Düsseldorf | Tel.: (02 11) 367 02-0 | www.ihk-nrw.de | info@ihk-nrw.de

unternehmer nrw | Uerdinger Straße 58-62 | 40474 Düsseldorf | Tel.: (0211) 4573-0 | www.unternehmer.nrw | info@unternehmer.nrw